

Weltwochenschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **29 (1939)**

Heft 40

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Weltwochenschau

Russisch-deutscher Ausgleich

Aus Gründen, die man nur vermuten, aber nicht beweisen kann, haben die Russen auf die ursprüngliche „Demarkationslinie“ verzichtet und einer endgültigen Grenzziehung zugestimmt, die dem Bug entlang geht, statt der Weichsel. Das Stück wirklichen Polens, das sie erhalten, liegt nun westlich Bialystok zwischen Pissa und Bobr. Ein etwas größeres ukrainisches Stück westlich des Bug fällt an die Deutschen.

Von einem Eingreifen russischer Truppen bei Warschau war vom Moment dieser veränderten Grenzziehung nicht mehr die Rede. Hoffnungen auf ein bestimmtes russisches Sonderpiel in der Eroberung fielen also dahin. Die deutschen Belagerer erreichten am 28. September ihr Ziel: Das fürchterlich zerstörte Warschau und Modlin ergaben sich. 120.000 Gefangene wandern wie die schon beschäftigte halbe Million in die deutsche Landwirtschaft und Industrie. Von einer Entlassung ist nicht die Rede. Vielleicht bleibt die „Arbeitsarmee aus Kriegsgefangenen“ eine moderne europäische Errungenschaft? Sie war schon einmal staatliche Einrichtung . . . besser, schon hundertmal . . . vielleicht wird sie's wieder im neuen Europa, das uns die Diktatoren versprechen?

Wenn man überlegt, aus welchen Gründen die Russen auf das Gebiet zwischen Bug und Weichsel verzichtet haben, muß man an das estländische Geschäft der Russen denken. Sehr wahrscheinlich haben die Berliner ihre Einwilligung dazu gegeben, als ihnen die Russen das genannte Stück Polen überließen. Später wird es wohl auskommen. Das Estlandgeschäft Stalins verlief sehr einfach. Der Minister Karl Selters aus Tallinn wurde nach Moskau zitiert. Dort legte ihm Molotow einen Beistandspakt-Entwurf vor. Selters habe nur zu unterschreiben. Innert sechs Tagen müsse der Vertrag in Moskau und Tallinn ratifiziert werden. Karl Selters, so heißt es, sei aufgesprungen und habe sein „Nie“ gerufen. Molotow muß dabei gelächelt haben. In einer spätern Begegnung war Stalin dabei, und Selters hatte begriffen, daß es nicht zu zögern gab. Denn an der estnischen Grenze standen die russischen Streitkräfte, und in weiter Ferne war keine Hilfe zu sehen. England kann nicht in die Ostsee einfahren . . . wer würde sonst helfen? Niemand. Also wurde unterschrieben, und in der Frist, die der Vertrag selbst festlegt, auch ratifiziert.

Der Inhalt des Paktes: Beide Staaten versprechen sich Hilfe im Kriegsfall und versichern einander, keiner Koalition beizutreten, die sich gegen den andern Vertragspartner richte. Rußland erhält das Recht, auf Desel, der Insel, die den Meerbusen von Riga absperrt und den finnischen Meerbusen beherrscht, einen Flottenstützpunkt zu „pachten“ und eine Garnison zu unterhalten, desgleichen auch in Baltischport bei Tallinn. Daneben wird ein Warenaustausch zwischen beiden Staaten in die Wege geleitet. Das ist alles. Aber es ist genug. Mit der estnischen Selbständigkeit ist es aus.

Man fragt sich, was die Russen außer Estland von den Deutschen eingehandelt haben. Vermutlich das ganze Baltikum. Die Antwort wird man bald einmal bekommen. Vorläufig wallfahrtet der Halbascit Munters, Außenminister von Lettland, nach Moskau und versucht, „das Verhältnis zwischen Lettland und Rußland auf eine neue Grundlage zu stellen“. Was das heißt, ist klar: Die Russen werden in Riga einen Freihafen bekommen, ebenso in Libau; der Beistandspakt, der Lettland in die russischen Arme liefert, wird dem estnisch-russischen ähnlich sehen, und was die Handelsbestimmungen angeht, wird Lettland ebenso verpflichtet werden,

ein gewisses Kontingent zu liefern und abzunehmen und sich durchwegs der Praxis des russischen Außenhandelsmonopols zu fügen. Ob in den lettischen, ähnlich wie im estnischen Vertrag, auch die Klausel aufgenommen wird, daß sich keiner der Staaten in die innerpolitischen Einrichtungen des andern einmischen werde? Etwas später wird bekannt werden, wie dieser Artikel in der Praxis durchgeführt wurde.

Es bleiben noch Litauen und Finnland, die Deutschland vermutlich ebenso als „zur russischen Einflußsphäre gehörend“ anerkannt hat und die sich, wenigstens was Litauen angeht, ebenfalls bemühen müssen, jenes „neue Verhältnis zu Rußland“ zu suchen, bevor die Russen ihre Minister nach Moskau zitieren.

Der deutsch-russische Ausgleich, der von Berlin als „Befriedung des Ostens“ gefeiert wird, erweist sich als ein für Deutschland und den bürgerlichen Westen katastrophaler Sieg der Russen. Auch wenn die Randstaaten nicht sofort formell vernichtet und sowjetisiert werden, hat Stalin alles wieder zurückgeholt, was der Zarismus im Weltkriege verspielt. Die Abänderung: statt Kongresspolen Ostgalizien, erweist sich als wirtschaftlicher, militärgeographischer und verkehrspolitischer Vorteil und hat weitere Auswirkungen in bezug auf die Balkanstellung.

Die Regelung der beidseitigen Einflüsse in den Staaten des Donauraumes und des Balkans, die Türkei eingeschlossen, scheint ebenso in die Wege geleitet zu sein. Nur weiß man noch nicht, wie sie aussieht. Vermutlich wollen auch die Italiener mitsprechen und haben in Berlin anfragen lassen, warum man sie nicht frage. Die Ankunft des Grafen Ciano in Berlin kann neben den andern Zwecken, von denen man spricht, tatsächlich auch die Besprechung der Balkanprobleme bedeuten.

Vorläufig hat man nur eines feststellen können: Der Türke Saradjoglu, Rußlandsfreund und Englandfeind, hat in Moskau Tagelang warten müssen, ehe er mit Molotow ins Gespräch kam. Ribbentrop und Selters zogen vor. Da zu gleicher Zeit eine türkische Militärmission nach London fährt, vermutet man, daß in Ankara große Unruhe, vielleicht sogar Ratlosigkeit herrsche. Man ist nicht mehr „Rußlands erster Verbündeter“ wie zur Zeit der Mißachtung Moskaus im Konzert der europäischen Mächte. Man wird inne, daß man zum Kreis der kommandierten Kleinstaaten gehört und vielleicht bei der Regelung der Balkanfragen Objekt geworden ist.

Vor dem deutschen Friedensangebot

Es geht wie am Schnürchen: Der Reichstag wird zusammengerufen und vernimmt, daß der polnische Feldzug in der gefetzten Frist beendet, die Ziele im Osten erreicht, die endgültige Festlegung des „deutschen Lebensraumes“ gelungen seien. Zur Feier des Sieges erscheint der Graf Ciano. Er wird von Ribbentrop freundlich begrüßt, unterhält sich mit Hitler volle 2½ Stunden, macht sich ein Bild von der deutschen Zuversicht und Siegesgewißheit und telephoniert mit seinem Schwiegervater in Rom. Seit Kriegsausbruch hatten die Engländer aus der Stummheit Cianos geschlossen, daß er in der Versenkung verschwunden sei . . . nun müssen sie sehen, daß sie sich täuschten. Der Anhänger der „Achsenpolitik“ lebt noch, und die Achse selbst scheint nicht wie Blei zerschmolzen zu sein.

Das ist ungefähr die Situation, aus welcher heraus Hitler den Westmächten sein Friedensangebot stellen kann. Der deutsche Diktator hat allen Grund, aufzutrompfen, und gewisse Gründe, die andere Sterbliche erschrecken, gelten bei ihm nicht.

Anderer vergrößern sich in seinen Perspektiven, die ihm bis heute immer Recht gegeben haben: Er lacht über die britischen Blockadeversuche. Mögen die deutschen U-Boote von der Szene verschwinden . . . der deutsch-russische Handelsvertrag wird alles wett machen, was die britische „Seeräuberflotte“ an Schaden stiftet. Man wird Waren aus der halben Welt erhalten . . . und man wird mit Industrieprodukten bezahlen. Es ist nicht wahr, daß die Russen Bargeld brauchen . . . Gold haben sie selber in Fülle. Gewisse hochqualifizierte Waren sind ihnen lieber . . . und aus russischen Rohstoffen werden die Deutschen hochqualifizierte Waren schaffen . . .

Was wird Hitler fordern? Nachdem er sein Ostraum-Programm statt am Kaukasus schon am Bug hat enden lassen, ist es klar, daß er sich zum Sprecher des „Westraumprogrammes“ der Großindustrie gemacht hat, und die Hauptforderung wird lauten: Rückgabe der ehemalsigen deutschen Kolonien. Unter Umständen: Neuverteilung des gesamten Kolonialbesitzes, wobei Italien seinen „gerechten Anteil“ erhalten soll. Vielleicht aber wird aus taktischen Gründen von all dem geschwiegen, um den „Seeräubern“ in London und Paris die wichtigsten Gründe zur Kriegsförderung zu nehmen. Da die Westmächte den Frieden gar nicht annehmen können, ohne sich fürchterlich zu blamieren, braucht Hitler derartige Provokationen nicht. Lehnen sie das „einfache und schlichte“ Angebot, den nutzlosen Krieg einzustellen, ab, dann sind sie in den Augen des deutschen Volkes gerichtet. Wie . . . sie wollen Krieg, trotzdem Hitler von ihnen nicht einen Quadratmeter Boden verlangte? Sie wollen, wie es Chamberlain und neulich auch Churchill versichern, „bis zum Ende marschieren?“ Sie wollen die Farce der „neuen polnischen Regierung in Paris“ unterstützen, statt anzuerkennen, daß der Führer im Osten endgültige Zustände des Friedens geschaffen und das Giftnest Warschau so zusammengeschossen, daß kein Haus mehr ganz geblieben?

Auch ohne diese optischen Täuschungen des deutschen Volkes ist Hitlers Position viel stärker, als es die Propaganda der Westmächte zugestehet . . . und die Westmächte leiden unter bedenklichen Schwächen, die sie nicht in ihre Rechnung stellen. Es hat sich beispielsweise bis heute alles als bedenkliche Illusion erwiesen, was sie in der russischen Frage kalkulierten. Die triumphierenden Hinweise auf die „riesige diplomatische Niederlage Hitlers“ in seinem russischen Ausgleich verschweigen, daß Stalins Vordringen an die Ostsee . . . und wer weiß, bald auch anderswo . . . ebenso britische Niederlagen bedeuten. Die Information der britischen Öffentlichkeit, wonach Rußland seine Rohstoffe selber brauche, daß Deutschland nicht bezahlen könne, die Feststellung, Rußland habe keine militärische Hilfe gegen die Westmächte zugesagt, all das entspringt mehr frommen Wünschen als dem Boden sicheren Wissens. Vermutlich unterhalten sich die Herren der Regierung, wenn sie unter sich sind, mit sehr ernstern Mienen und haben sich längst gesagt, daß das Schlimmste eintreten könnte: Der russische und italienische Angriff! Und daß dieser Angriff die Bestandeskrise des britischen Reiches bedeute. Und daß Hitlers Friedensangebot, eine Etappe auf dem Wege zum großen Endangriff, gerade deshalb nicht diskutiert werden könne.

Die Teuerung.

Neben der Fürsorge für die Familien der unbemittelten Wehrmänner stellt die Frage der Teuerung das wichtigste Problem dar, mit dem wir auf sozialem und wirtschaftlichem Boden fertig werden müssen . . . wir wollen aber nicht vergessen, daß wir froh sein dürfen, wenn diese beiden Probleme unsere schwersten bleiben.

Um einen der wichtigsten Teuerungsgründe zu bekämpfen, nämlich das Ausbleiben der notwendigen Importe, hat der

Bundesrat in zwei Beschlüssen, die seit dem 26. September in Kraft sind, den gesamten Außenhandel unter eidgenössische Kontrolle gestellt. Die Einfuhr aller Waren, sowie ihre Verwendung, die Ausfuhr eigener Produkte und . . . die Wiederausfuhr solcher, die wir eingeführt haben . . . alles wird überwacht werden. Die „Wiederausfuhr“ spielt dabei eine wichtige Rolle. Um ihretwillen können uns die „Blockademächte“ gewisse Zufuhren sperren, weil sie uns in Verdacht bringen, die Blockierten beliefern zu wollen. Nimmt der Bund die gesamte Einfuhr und Ausfuhr in seine Obhut, kann er nachweisen, was wirklich ausgeführt wurde, kann er die Verdächtige widerlegen, wonach wir „Konterbande“ in die belagerte Festung Deutschland schmuggeln wollen, dann sind unter Umständen die normalen Zufuhren, die für unsere Bedürfnisse berechnet sind, zu sichern. Und wir haben wenigstens diese eine Quelle der Knappheit und damit der Preishauße verstopft.

Daß es auch andere Quellen gibt, davon können verschiedene Kreise schon ein Lied singen. Ein sehr altes und bekanntes, aber in diesen Tagen neu aufgekommenes Lied. Da heißt es, die Metzgermeister seien gezwungen, die Belieferung ihrer Kunden mit Schweinefleisch einzustellen, weil sie keine Schlachtschweine mehr aufreiben könnten. Und die Städter werden sofort mißtrauisch und vermuten, die bösen Bauern wollten sich die Gelegenheit, reich zu werden, nicht entgehen lassen und hielten darum ihre Schweine zurück. Obwohl sie längst fett geworden. So simpel wird es wohl nie zugehen. Die Bauern, die Selbstversorger sind, werden wahrscheinlich zuerst daran denken, für den eigenen Winter einen vollen Rauchfang zu schaffen. Das ist sicher der eine Grund des „Lieferungsstreiks“. Der andere mag darin bestehen, daß sie, soweit die Verhältnisse dies erlauben, zuwarten, bis die Behörden eine gewisse Preiserhöhung für Lebensmittel als angemessen erklären. So ist es ja wohl nicht gemeint, daß das Verbot „unangemessener Preiserhöhungen“ jede Erhöhung ausschließt. Und so hält man eben ein wenig zurück. Wahrscheinlich könnte der Bund, wenn er eine bescheidene Erhöhung diktieren würde, unter gleichzeitigem striktem Verbot, sie zu überschreiten, die Schweine hervorlocken. Etwas ist übrigens schon geschehen. Die Metzgermeister haben im Einverständnis mit der Eidgen. Preiskontrolle gewisse Ladenpreise hinaufgesetzt. Hoffentlich genügt das, um den Ausgleich zu bringen. Sonst muß die Preiskontrolle am andern Ende eingreifen . . . bei den Lieferanten der Lebensmittel.

Es ist die Frage, ob man sich die „Bekämpfung der Teuerung“ so vorstellt, daß strikte alle Preiserhöhungen verboten werden . . . oder ob man in der Praxis die „angemessenen“ Erhöhungen von Fall zu Fall untersuchen und verfügen will. Die Konsumenten verfallen leicht genug der Idee, „man könnte, wenn man nur wollte“, jeden Preis stabil halten . . . und wenn es mit dem Mittel der künstlichen Geldverknappung, der Deflation wäre. Es gibt andere Theoretiker, die sind der Ansicht, gerade ein leichtes Anziehen, das die Lust zum Produzieren weckt und die Arbeit so richtig ankurbelt, verhindere nachher ein jäheres Hochschnellen aus Gründen einer Verknappung, die ihre Wurzeln in der luftlosen und bei niedrigen Preisen flauen Produktion hätte.

Eine solche Kalkulation mag durchaus stimmen. Nur muß man, falls man sie systematisch anwendet, sehr maßvoll vorgehen und nur gerade das erlauben, was genügt, um der Arbeit die nötigen Antriebe zu schaffen. Und darf dabei nicht vergessen, daß man die Rentner, die Pensionierten, die niedrig bezahlten Arbeiter um ihre reale Kaufkraft bringt, falls man zu fahrlässig mit den Preiserhöhungen umgeht.

Regelrechten Lieferstreiks gegenüber wird die Preiskontrolle nie kapitulieren dürfen . . . so, wenn plötzlich Eisenwaren knapp werden, obschon die Vorräte groß sind. Die Verfügung der Lieferungsspflicht, wie sie den Kartoffelproduzenten eidgenössisch diktiert wurde, dürfte die Wege weisen, die man in solchen Fällen einzuschlagen hat. —an—